

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

Einschätzung der politischen Situation

Dr. Bujar Bukoshi

Ein Beitrag aus der Tagung:

10 Jahre nach Dayton

Veränderungsprozesse in den Gesellschaften Ex-Jugoslawiens

Bad Boll, 22. – 24. April 2005, Tagungsnummer: 430705

Tagungsleitung: Dr. Manfred Budzinski, Johannes Flothow, Gerhard Pitz

Bitte beachten Sie:

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2005 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll
E-Mail: info@ev-akademie-boll.de
Internet: www.ev-akademie-boll.de

Einschätzung der politischen Situation

Dr. Bujar Bukoshi

Sie haben sich bereits früh weitsichtig gezeigt - Sie haben stets die Entwicklungen auf dem Balkan verfolgt und sich für Wege zu einem dauerhaften Frieden eingesetzt, unabhängig davon, wie präsent das Thema jeweils in den Medien war. Deshalb freut es mich ganz besonders, hier sein zu dürfen und einen Abriss über die gegenwärtige Lage in Kosova zu geben. Um zweierlei bitte ich Sie aber jetzt schon um Verzeihung – mein Vortrag ist leider nicht so geschliffen und ausgereift, wie es dieser Tagung angemessen wäre und wie ich es mir gerne gewünscht hätte – aber bis vorgestern war noch gar nicht sicher, ob ich ein Einreisevisum nach Deutschland bekomme. Sie sehen, in einer globalisierten Welt spürt man die Konsequenzen von Ereignissen im fernen Kiew sofort! In Berlin ja ohnehin, aber auch in Prishtina. In Goethes Faust sagt ein Bürger (an einer berühmt gewordenen Stelle):

*Wenn hinten, weit, in der Türkei,
Die Völker aufeinander schlagen.
Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus
Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;
Dann kehrt man abends froh nach Haus,
Und segnet Fried und Friedenszeiten.*

Eine solche Haltung hat heute noch viel fatalere Folgen als damals, da verschluckt man sich offenbar schnell an seinem Gläschen.

Ja und das andere sind meine Deutschkenntnisse: ich möchte keineswegs mit einer falschen Bescheidenheit kokettieren, sondern Sie ehrlich um Geduld in dieser Sache bitten – ich weiß, wie anstrengend es sein kann jemandem zuzuhören, dessen Sprache holprig und stümperhaft ist.

Jetzt aber endlich zum Thema:

Die Lage

Kurz gesagt halte ich die jetzige Lage in Kosova für sehr schwierig - sie ist das Ergebnis vieler Versäumnisse und Versagen, und meiner Einschätzung nach, wird sie sich weiter verschlimmern. Wenn man sich aber offizielle Erklärungen anhört oder unsere Medien verfolgt, oder aber auch unsere optimistischen Politiker reden hört, da hat man geradezu den Eindruck, dass, abgesehen von ein paar Kleinigkeiten, die noch erledigt werden müssten, alles bestens läuft. Das genaue Gegenteil ist der Fall.

Ich werde versuchen, die Kernprobleme anhand von fünf Stichpunkten zu skizzieren: Dazu gehört erstens was ich “die Konzeptlosigkeit der Staatengemeinschaft” nennen möchte, zweitens die Verantwortungslosigkeit und Willfährigkeit der politischen Klasse in Kosova. Ein drittes sehr

wichtiges Problem stellt die katastrophale wirtschaftliche Lage dar. Nicht zuletzt möchte ich auf die Jugend in Kosova zu sprechen kommen sowie schließlich auf die obstruktive Haltung Serbiens in Bezug auf das Kosova-Problem.

1. Konzeptlosigkeit der Staatengemeinschaft:

Blickt man zurück, so ist zu beobachten, dass die internationale Staatengemeinschaft dem Kosova-Problem von Beginn an konzeptlos gegenüber stand und nicht bereit war, Angefangenes entschlossen durchzusetzen und zu Ende zu führen. Um die Grundlage für einen wirtschaftlichen Aufstieg zu schaffen, für Investitionen und für das Wohlergehen der Bevölkerung, wäre es notwendig gewesen, dass Kosova - zunächst auf provisorischer Basis - als ein eigenes Rechts- und Wirtschaftsgebiet aufgefasst wird. Die Betonung lege ich dabei bewusst auf die Justiz, also auf den Aufbau eines eigenen funktionierenden Rechtssystems. Am dringendsten nötig waren und sind hier ein klares Vertragsrecht und Bestimmungen über die verschiedenen Formen von wirtschaftlichen Unternehmen. Was in Deutschland und anderen demokratischen Ländern der Welt ganz selbstverständlich vorausgesetzt wird, nämlich funktionierende Zivilgerichte, dass also Bürger und andere juristische Personen ihre Rechte einklagen können, das ist in Kosova nicht einmal ansatzweise verwirklicht worden. Ebenso wenig funktioniert das Steuersystem, was bedeutet, dass Kosova nicht über eigene Finanzmittel verfügen kann. Es überrascht Sie nicht, wenn ich Ihnen sage, dass sich all diese Faktoren hemmend auf die gesamte Lage auswirken.

Man hat den Eindruck, das liegt daran, dass hier die EU insgesamt zu unentschlossen für eine wirkliche Lösung für Kosova ist. Es gibt zwar finanzielle und militärische Unterstützung, und man sollte meinen, dass auch deswegen dieses, durchaus noch explosive Problem irgendwo ganz weit oben auf der Prioritätenliste stehen müsste. Jedoch hat die EU in Kosova nicht das geleistet, was sie hätte leisten müssen. Die brennende Frage, von der nicht nur die politische Zukunft dieser Region abhängt, ist und bleibt die Frage nach dem endgültigen Status von Kosova. Kosova ist nicht mehr unter eine serbische Regierung zu zwingen und es muss unabhängig werden, das wissen mittlerweile alle. Das wissen auch die Serben, wenn man mit ihnen redet. Das Problem ist nur, wie wird diese Unabhängigkeit gestaltet und inwieweit ist die EU darin mit eingebunden? Ich vermute, dass sich die UNO demnächst langsam aus dem Kosovo zurückziehen wird, und dann bleibt erst recht alles an der EU hängen. Da fragt man sich schon, warum die EU nicht schon längst in dieser Frage aktiv geworden ist. Es ist wirklich nicht einsichtig, warum der - zugegeben unangenehme - Teil weiterhin hinausgezögert wird, zumal man die katastrophalen Folgen einer solchen Politik, bei der man das Kind erst in den Brunnen fallen lässt, gerade auf dem Balkan mehr als einmal gesehen hat! Das heißt, international sind alle Augen auf die EU gerichtet und deswegen ist die EU jetzt gefordert. Es sind Vernunftentscheidungen und nicht Mythen, die die Zukunft von Kosova bestimmen sollten.

Kosova und Serbien können die Lösung des uralten Kosova-Problems alleine nicht bewältigen. Deshalb bedarf es der europäischen Hilfe, nicht nur als Mittler in einem fremden Konflikt, sondern als Hilfe für ein Stück von Europa selbst – ein Stück, das aus historischen Gründen zu dem geworden und das geblieben ist, was es heute ist. Auf dem Balkan wird uns unsere Vergangenheit zum Verhängnis. Wir wollen, dass Europa genauso unsere Heimat wird wie für die anderen europäischen Länder. Und wir wollen, dass Kosova sich europäisiert und “verwestlicht”. Das gilt im Übrigen auch für unsere Nachbarn in der Region, auch für Serbien.

Die Völker dieser Region befinden sich in einer existenziellen Krise und können sich aus eigener Kraft nicht heraushieven, weder aus der Lethargie noch aus dem nationalen (bzw. nationalistischen) Egoismus. Daher begrüße ich eine Erklärung des früheren Bundespräsidenten von Weizsäcker, der dieser Tage vorschlug, die EU solle zur Schaffung von wirklichen Nationen beitragen, die auch Veränderungen im Globalisierungsprozess überleben würden. Denn das Scheitern von Staaten, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten so oft erlebt haben, bringt gravierende lokale und globale Auswirkungen mit sich. Der Umgang mit solchen fragilen Staaten ist also ein Schlüsselthema für die gesamte Politik und die Sicherheitslage auf dem Balkan.

2. Die politische Klasse von Kosova

Ich habe eben schon angedeutet, dass die internationale Verwaltung diesem Land und sich selbst nichts Gutes damit tut, dass sie sich von Anfang an und bis heute nicht dafür einsetzt, eine rechtliche Ordnung einzuführen und zu etablieren. Dieser Bemühungen hätte es um so mehr bedurft, als deutlich wurde, dass unseriöse kosovarische Politiker weder den Willen noch die Fähigkeiten oder den Verstand besaßen, Prozesse anzuleiten, die zu mehr Recht und Ordnung in der Gesellschaft geführt hätten. Dies hatte schwerwiegende Folgen und wenn es so weitergeht wie bisher, werden die Folgen noch gravierender werden.

Die entsprechenden Strukturen der internationalen Verwaltung haben ausreichende und detaillierte Informationen zu den Erscheinungen, die für die Zukunft Kosovos fatal sind, etwa Korruption, Diebstahl, Missbrauch in den verschiedensten Formen – also lauter Erscheinungen, die in jedem einigermaßen demokratischen Land verhindert, bekämpft und bestraft werden. Heute sind Entwendungen und der Missbrauch öffentlicher Gelder bzw. Steuergelder zu einer Art öffentlichem Geheimnis geworden, als sei das so ein ganz selbstverständliches Recht der Diebe! Das wird aber im öffentlichen Moralempfinden immer mehr auch zu einem Recht der Bürger, ja es droht fast schon zu einer moralischen Norm zu werden. Damit meine ich zum Beispiel, dass sich in Kosova niemand darüber empört, dass Ministerposten gekauft werden. Im Gegenteil: es wird als besondere Begabung und Gewieftheit gerechtfertigt, d.h. letztlich als ein Wert erachtet! Gleichzeitig lügt die politische Klasse dem Volk Kosovos das Blaue vom Himmel herunter und gibt vor, dieses Land habe sich in eine wunderbare Demokratie verwandelt, weshalb uns nur das Beste zustünde, und der EU-Beitritt ja ohnehin!

Tatsache ist aber, dass das eingetreten ist, womit niemand gerechnet hat: nämlich die Situation in Kosova hat sich nach den zweiten Parlamentswahlen verschlimmert. Ein harter und rücksichtsloser Machtkampf brach aus, ja im Grunde wurde alles auf die reine Machtfrage reduziert. Diese negative Selektion von Leuten wirft kein gutes Licht auf unser Land. Und sie wird des politischen Potenzials von Kosova nicht gerecht. Ich sehe keinerlei gute und vernünftige Zukunft, solange dieses Land von einer unverantwortlichen politischen Klasse geleitet und regiert wird, ohne die nötige Kapazität für diese Tätigkeiten, ohne den Willen und Eifer, das Land aus der Krise zu führen, deren Ende nicht absehbar ist. Kein Land kommt mit einer unmoralischen Führung voran, geschweige denn mit Ignoranten und Dieben. Ich hoffe, Sie sehen mir die etwas harsche Wortwahl nicht nach, aber wenn's um unsere politische Spitze geht, wäre jeder Euphemismus fehl am Platz.

3. Die Wirtschaftslage

In der gemeinhin doch recht politisch geprägten Diskussion um die Kosova-Frage geht manchmal die Betrachtung der **Wirtschaftslage** unter – und die ist in Kosova eine einzige Katastrophe, anders lässt es sich nicht sagen. Ein paar Zahlen zur Illustration:

Das Brutto Pro-Kopf-Einkommen von Kosova beträgt	930 Euro
im Vergleich dazu beträgt es in Albanien:	4.000 Euro
im benachbarten Mazedonien:	6.000 Euro
in Luxemburg:	50.000 Euro

Ich denke diese Zahlen sprechen bereits für sich.

Das Wirtschaftswachstum nahm seit 2001 kontinuierlich ab:

im Jahr 2001 betrug es noch 13 %,

im Jahr 2002 7 %,

wieder ein Jahr später, 2003 5 %

Für dieses Jahr hatte der Internationale Währungs Fond 5% Wirtschaftswachstum vorausgesagt, im Moment beträgt es aber nur 3,2% - also immerhin höher als das von Deutschland. Aber bitte neiden Sie es uns nicht!!!

Wie Sie wissen, sollte Kosova acht Standards bzw. Kriterien erfüllen, bevor die Frage nach dem politischen Status thematisiert wird. Mit diesen acht haben wir so unsere Schwierigkeiten. Wir erfüllen aber jetzt schon ein ungeschriebenes und bitteres "neuntes Kriterium": das der **Armut**.

- Die extreme Armut beträgt 15%,
- Die allgemeine Armut liegt bei über 50% ! Das heißt, noch deutlicher ausgedrückt: mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist arm.
- Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch, Schätzungen belaufen sich zwischen 50% und 70%.

Noch vor 2 Jahren hat die Diaspora, also die im westlichen Ausland lebenden Kosovaren, ihre Verwandten in Kosova finanziell unterstützt, und zwar mit insgesamt ca. 1 Milliarde Euro. Mittlerweile hat sich auch *ihre* finanzielle Lage verschlechtert: jetzt sind es nur noch 250 Millionen Euro, also nur noch ein Viertel der ursprünglichen Summe.

Eine Deflation (also Preissenkung) konnte nur für den Brotpreis verzeichnet werden, der beträgt derzeit: 25 Cent. Im Vergleich dazu kostet das preisgünstigste Brot, das ich in Deutschland gesehen habe, ungefähr 40 Cent.

Ohne die rechtliche Grundlage für eine positive *wirtschaftliche* Entwicklung zu legen, gibt es auch keine Chance auf Fortschritte in der *politischen* Entwicklung zu einer Demokratie.

4. Die Jugend

Ich möchte unbedingt noch kurz die Jugend in Kosova ansprechen. Demographisch ist Kosova die jüngste Nation Europas! Diese Tatsache sollte eigentlich etwas Positives sein, wo doch belegt ist, dass junge Nationen innovativer, dynamischer und damit potenziell erfolgreicher sind als ältere. Aber so einfach ist es leider nicht. Würde man unserer Jugend morgen Einreisevisa für westliche Länder erteilen, dann weiß ich wirklich nicht, wieviele junge Frauen und Männer noch in Kosova bleiben wollen würden. Wahrscheinlich wären es nicht viele. Und ich spreche hier nicht nur von der schwierigen sozialen Lage sondern von Lebensperspektiven und Zukunftsträumen in einem viel allgemeineren Sinn - diesen Aspekt darf man meines Erachtens nicht außer Acht lassen.

5. Serbien

Bevor Sie jetzt erschrecken und einen balkantypischen Geschichtsexkurs befürchten (und zwar mindestens bis zum frühen Mittelalter!), kann ich Sie beruhigen. Denn im Moment sind wir in Kosova wirklich mehr mit unserer Gegenwart und mit unserer Zukunft beschäftigt.

Diese sind uns im Moment verstellt und zwar auf zweierlei Weise:

- **von innen:** durch kriminelle Banden, die das legale und politische Vakuum in diesem Gebiet für blühenden Schwarzhandel und Korruption nutzen.
- **Zum anderen** wird uns ein anderes großes Hindernis aber **von außen** auf den Weg gelegt: Das ist die pauschale Kopplung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Kosovas mit der Serbiens. Die Internationale Gemeinschaft muss - wenn sie sinnvolle Politik betreiben möchte - endlich einsehen, dass Kosova und Serbien zwei verschiedene Paar Stiefel sind. Und es zum Wohl von beiden Seiten bleiben müssen!

Wir sehen mit Besorgnis auf die Entwicklung in Serbien, welche immer wieder bestätigt, was die europäischen Großmächte aus irgendeinem Grunde nicht sehen und wahrhaben wollen: dass in Serbien leider immer noch das alte politische Denken herrscht und dass Serbien nicht einmal nahe an so etwas wie einer Vergangenheitsbewältigung steht.

Die albanische Seite hat grundsätzlich immer ihre Bereitschaft über eine realistische Lösung hinsichtlich des künftigen Status von Kosova bekundet. Sie ist auch jetzt dazu bereit.

Was sie aber *nicht* akzeptieren kann, das sind Versuche gewisser internationaler Faktoren, der albanischen Seite bestimmte Lösungen aufzuzwingen, die weit entfernt davon sind, die berechtigten Aspirationen des albanischen Volkes in Kosova zu erfüllen. Mit Sorge stellen wir fest, daß offenbar gewisse internationale Repräsentanten glauben, je schwerer die Lage der Albaner in Kosova sei, desto leichter werde es sein, diese zur Akzeptierung irgendeiner Lösung zu veranlassen. Eine solche Haltung läuft auf offene Unterstützung für Belgrad hinaus und könnte sich außerdem als gefährlicher Irrtum erweisen.

Für die serbischen Politiker wäre Kosova ein Ballast. Die albanische Bevölkerung würde 20 % der Gesamtbevölkerung in einer neuen Gemeinschaft mit Serbien und Montenegro ausmachen. Sie würde also 20% der Parlamentsabgeordneten stellen und Albanisch wäre die zweite Amtssprache. 30% des Armeepersonals wären Albaner, einschließlich der Befehlshaber. Ein Albaner bzw. eine Albanerin

würde das Amt des Staatsoberhauptes, Außenministers usw. bekleiden, und zwar im Schnitt so ca. einmal in 3 bis 6 Jahren.

Aus serbischer Sicht droht die demographische Explosion von Albanern die unbevölkerten Regionen von Zentralserbien zu füllen, was schnell passieren würde, in ca. 10 bis 20 Jahren. Das 4-5 Mal ärmere Kosovo würde wahrscheinlich Serbiens Entwicklung beträchtlich hemmen und als Staat um Jahre zurückwerfen. Pragmatisch betrachtet kann das alles auch nicht im Interesse Serbiens sein. Sobald Kosova auch in der öffentlichen Wahrnehmung der serbischen Bürger als eine solche Belastung erkannt würde, könnte das schlimmstenfalls wiederum zu sozialen und politischen Spannungen führen.

Das Ziel und der politische Wille der Mehrheit der Bürger Kosovos ist ein unabhängiges Kosova. Meine Partei setzt sich dafür ein. Für mich aber ist die Unabhängigkeit kein literarischer Begriff, auch nicht Anarchie, sondern ein geordneter eigener Staat, der seinen Bewohnern Sicherheit, Arbeit, Wohlstand und Entwicklung garantiert, in Demokratie und Freiheit.

In Kosova müssen alle Nationalitäten, auch die Minderheiten, ihre vollen Rechte und volle Sicherheit genießen können. Sie müssen sich allerdings in die Organe und in das staatliche Leben des Kosova einordnen und nicht nach separater Existenz streben. Kosova ist eine staatliche Einheit.

Die Haltung der Europäischen Union ist für einen erfolgreichen Prozess in jedem Fall von größter Bedeutung. Die zukünftige Rolle der EU für Kosova und für die Region ist besonders wichtig. Kosova war eine externe Aktion der EU im Rahmen von "European Neighbourhood Policy". Und die EU, als politisches und wirtschaftliches Gravitationszentrum Europas, hat sich in den letzten Jahren entscheidend verändert. Sie hat neue Länder aufgenommen und anderen eine Beitrittsperspektive eröffnet. Die Europäische Union steht heute am Weg vom "global payer" zum "global player".

Kosova auf der einen und Serbien und Montenegro auf der anderen Seite stimmen in dem Wunsch überein, sich so zügig und so weitgehend wie nur möglich in die Europäische Union zu integrieren. Sie versprechen sich davon Wohlstand im Frieden. Dies will jeder für sich.

Gleichzeitig ist den Politikern bewusst, dass die Regelung des Kosovo-Konflikts Voraussetzung für die volle Einbeziehung in die europäische Integration ist. Die bestehende Übereinstimmung in der Zielsetzung müsste somit für die Regelung des Konflikts genutzt werden können. Die Europäische Union ist im Kosovo als Träger des Wiederaufbaus engagiert und stellt mit Abstand den größten Geldgeber dar. Die zusätzliche Übernahme der politischen Vermittlung durch die Europäische Union würde, bei enger Abstimmung mit den USA, die Kräfte bündeln und könnte – wie bei der Regelung des innermakedonischen Konflikts im Jahr 2001 – der Aktion der internationalen Gemeinschaft das nötige Gewicht verleihen.

Die Ungewissheit der Status-Frage hat für die Entwicklung der Region eine Reihe schwerwiegender negativer Folgen. Sie lähmt realen Fortschritt im Kosova und in Serbien; sie erschwert die Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina, von Mazedonien und des Staatenverbundes Serbien und Montenegro. Nicht zuletzt kann es für die massive internationale Präsenz im Kosova, die, so notwendig sie gegenwärtig noch ist, im Grunde einen europäischen Anachronismus darstellt, keine „exit-strategy“ geben, solange der Kosova-Status nicht geklärt ist.